

erinnern

begegnen

und

INFO-BRIEF

4. Jg. (2000) Nr. 2

INHALT

Am hellichten Tag - Vor 60 Jahren: die Deportation der badischen
Juden

Dr. Ehud Loeb: Mein Schatten, der gar nicht meiner ist
Zachor- Erwähne Dich!

60 Jahre später: Paul Niedermann auf Vortragsreise in Baden

Tiengen: Gedenkstele auf israelitischem Friedhof

Gertrud Luckner: Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer

Jom HaSchoah – der Schoah gedenken

Meldungen in Kürze

Buchvorstellungen

u.v.m.

Herausgeber:

erinnern und begegnen
forum christlicher gedenkarbeit
Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Erzbischöfliches Jugendamt Freiburg
Okenstr. 15, 79108 Freiburg

IMPRESSUM:

erinnern und begegnen
Erzbischöfliches Jugendamt
Erzbischöfliches Seelsorgeamt
Okenstr. 15
79108 Freiburg
tel.: 0761/5144-157152
fax: 0761/5144-152
e-mail: erinnern-begegnen@seelsorgeamt-freiburg.de

"ERINNERN UND BEGEGNEN" – INFO-BRIEF 4 (2000) Nr. 2

Redaktion:

Judith Birke (stud.)
Rainer Moser-Fendel (Referent im Jugendamt)
Robert Kraus (Referent im Seelsorgeamt)

unter der Mitarbeit von:

Reinhold Boschert-Kimmig (Mitarbeiter im "e.u.b."-Team)
Michael Heitzler (Sachbearbeiter Versand)
Christoph Söffge (Mitarbeiter im "e.u.b."- Team)
Rainer Moser-Fendel (Referent im Jugendamt)
Maria- Theresia Zeidler (Mitarbeiterin im "e.u.b."- Team)

Beiträge anderer AutorInnen sind mit Namen gekennzeichnet.

Auflage: 300
Erscheinungsjahr: 2000
Druck: Erzbischöfliches Seelsorgeamt Freiburg i.Br.

Zum 60. Jahrestag

der gewaltsamen Deportation aller Juden aus Baden, sowie der Pfalz und dem Saarland am 22. Oktober 1940 nach Gurs gab es im Erzbistum Freiburg zahlreiche und vielfältige Gedenk – Veranstaltungen.

Bei der zentralen Gedenkfeier in dem rund 50 km vom Wallfahrtsort Lourdes entfernt gelegenen verträumten Ort Gurs vertrat Rainer Moser-Fendel das „forum christlicher gedenkarbeit - erinnern und begegnen“ (EuB, vgl. hierzu: „Erinnerung und Verpflichtung“) und traf dort mit vielen Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowie mit Überlebenden, unter ihnen besonders auch Paul Niedermann, der zu EuB eine besonders enge Beziehung pflegt, zusammen.

Diese Ausgabe des INFO-Briefes beleuchtet schwerpunktmäßig aus verschiedenen Blickwinkeln das gewaltsame Ende jüdischen Lebens in Baden vor 60 Jahren. Hierzu hat uns Dr. Ehud Loeb aus Jerusalem, geboren als Herbert Odenheimer in Bühl/Baden, eine seiner Geschichten zur Verfügung gestellt: „Mein Schatten, der gar nicht meiner ist“. Zur Entstehung dieser Geschichte waren die Eindrücke seiner Deportation nach Gurs ausschlaggebend.

Neben zwei lesenswerten Berichten aus dem "Konradsblatt" („Am hellichten Tag“, Nr.43/00 und „Erinnerung und Verpflichtung“, Nr.46/00) können wir Ihnen die eindrucksvolle Rede „Zachor – Erinnere Dich“ von Prof. Heiko Haumann (Hist. Institut/ Universität Basel), die er zur Enthüllung des Gedenksteins am jüdischen Altersheim „Friedrichsheim“ in Gailingen am 22. Oktober 2000 gehalten hat, im vollen Wortlaut veröffentlichen. In dieser Rede hat Prof. Haumann das heute kaum fassbare Geschehen vor 60 Jahren in den großen historischen Zusammenhang der Geschichte des jüdischen Volkes vom „Babylonischen Exil“ bis zur Deportation der 108 Bewohner aus dem „Friedrichsheim“, dem zentralen Altersheim der Juden, gestellt. Er beleuchtet hier auch „die Frage nach dem Wirken Gottes und nach seinen Gesetzen“, eine Frage, die „zugleich eine Frage nach dem Versagen des Menschen vor diesen Anforderungen, nach seiner ‚Schuld‘, ist.

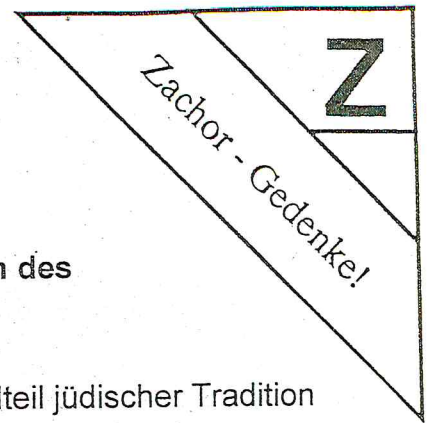
Karl Hartmann, Pfarrer hier in Freiburg schildert seine Eindrücke vom 22.10.40, die ihm noch gut in Erinnerung sind, Erinnerungen an den 22.Oktober 1940 in Freiburg - Herdern.

„60 Jahre später...“, die Lebensgeschichte von Paul Niedermann, der aus Karlsruhe nach Gurs deportiert wurde und heute in Paris lebt, ist ein weiterer authentischer Beitrag zur Judenvertreibung aus Baden. Im November diesen Jahres war Paul Niedermann auf Vortragsreise in Baden unterwegs; auch an einigen Schulen in Freiburg hat er seine bewegende Lebensgeschichte erzählt, die bei vielen Schülern starkes Interesse für die jüngste deutsche Geschichte ausgelöst hat.

Heiko Haumann

Zachor - Erinnere Dich!

Zum Gedenken an die Deportation der jüdischen Insassen des Friedrichsheims in Gailingen am 22. Oktober 1940



Zachor-Erinnere Dich! Diese Aufforderung ist ein Kernbestandteil jüdischer Tradition seit der Tora. Insbesondere das fünfte Buch Mose begründet in vielen Passagen eine Form kollektiver Gedächtnisarbeits, die sich als prägend erwies. Immer wieder sollen die Juden nach den Schöpfungswerken Gottes fragen, aber auch nach den Taten der Vorfahren, ihrer Verbündeten wie Feinde. Die Augenzeugen der Ereignisse sind berufen, ihre Erinnerung weiterzugeben. Alles Entscheidende, das verbindet und verpflichtet, soll im Gedächtnis aufbewahrt werden, möglichst in täglicher Übung. Erst danach geht das individuelle Gedächtnis in das gemeinsame, das kulturelle Gedächtnis über, das über die Generationen hinweg lebendig bleibt. Gebete und Feiertage halten die Erinnerung ebenso wach wie die regelmässige Verlesung der Tora in der Synagoge während des Jahreszyklus. Diese gehört zum Wesen des Selbstverständnisses, der Identität, ist sozusagen eher "Heimat" als ein bestimmtes Territorium. Die Frage nach dem Wirken Gottes und nach seinen Gesetzen ist zugleich eine Frage nach dem Versagen des Menschen vor diesen Anforderungen, nach seiner "Schuld". Sie erklärt nach dem Verständnis der Tora, warum es zu den geschichtlichen Katastrophen kommt. Die Tora ist voll von Mahnungen, nicht aufgrund günstiger Lebensverhältnisse und verführerischer Perspektiven Gott und seine Gesetze zu vergessen.

Schon im Babylonischen Exil und dann im Exil nach der Vertreibung der meisten Juden aus Israel durch die Römer seit 70 u. Z. (und vor allem seit 135) haben die Juden die Erinnerung an ihre Ursprünge und an ihre Lebensform bewahrt, damit auch ihre Zusammengehörigkeit. Zunächst orientierten sie sich dabei fast ausschliesslich an den religiösen Überlieferungen. Auch die einzigartigen Memor-Bücher der jüdischen Gemeinden, die uns teilweise seit dem Mittelalter erhalten sind, stehen in diesem Zusammenhang. Die mystische Gedankenwelt der Kabbala versuchte, der besonderen Situation der Juden gerecht zu werden: Es gehe darum, die Schöpfung aus ihrem Exil, in dem das Böse Macht über den Menschen gewinne, zu erlösen und die ursprüngliche Harmonie wiederherzustellen. Dazu müssten die Menschen das Böse durch Frömmigkeit und gute Werke überwinden. Der Erinnerung kam bei dieser Aufgabe eine entscheidende Funktion zu. Vor

jenem Hintergrund ist der oft zitierte Ausspruch Baal Schem Tows, des Begründers des Chassidismus, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu verstehen: «Das Vergessenwollen verlängert das Exil, das Geheimnis der Erlösung heisst Erinnerung.» Seitdem zwangen soziale und wirtschaftliche Umschichtungen, die abnehmende Bedeutung der Religion, der Kampf um die rechtliche Gleichstellung und die Auseinandersetzung mit gewandelten Formen des Antisemitismus die Juden dazu, ihren Platz in der Gesellschaft und ihr eigenes Selbstverständnis neu zu bestimmen. Auch dabei spielte die Erinnerung an die kulturellen Traditionen eine wegweisende Rolle. «Leben heisst, sich erinnern», lässt Isaak Bashevis Singer im Roman «Das Visum» sein alter ego David Bendiger sagen.

Dieser wartete auf ein Visum, das ihm die Ausreise aus Polen nach Palästina ermöglichen sollte. Der wachsende und lebensbedrohende Antisemitismus veranlasste zahlreiche Juden in vielen Ländern, einen Ausweg in der Emigration zu suchen, hoffend, in einem anderen Land eine sichere Zuflucht zu finden. Wieder nahm dabei die Erinnerung einen hohen Stellenwert ein. Vor einigen Jahren erhielt ich den Nachlass eines Juden aus Freiburg i. Br., dem es am 1. September 1939, dem Tag des Kriegsausbruches, gerade noch gelungen war, mit einem gültigen Visum in die Schweiz auszureisen, und der dann später in die USA emigrierte. Dieser Nachlass bestand aus zwei grossen Koffern voll mit Briefen, Bildern, memoirenartigen Schriften zu verschiedenen Aspekten seines Lebens und ähnlichen Unterlagen. Er hatte sie mit in die Emigration genommen – die Dokumente der Erinnerung waren ihm wichtiger gewesen als zusätzliche Kleidungsstücke oder Haushaltsgegenstände, die er zurückliess. Hier zeigt sich: je weniger man den Juden erlaubte, einen räumliche Heimat zu behalten, um so wichtiger wurde für sie die Erinnerung als Heimat ihrer Existenz.

Viele Juden wollten nicht emigrieren, wollten trotz der immer bedrückenderen Massnahmen des Nazi-Regimes Deutschland nicht verlassen, mit dem sie sich verwurzelt fühlten. Andere erhielten nicht rechtzeitig ein Visum, das sie zur Ausreise berechtigte, oder sie waren dazu gesundheitlich nicht in der Lage. Wir erinnern uns heute der Deportation der badischen und saarpfälzischen Jüdinnen und Juden vor sechzig Jahren – am 22. Oktober 1940 und in den folgenden Wochen – nach Gurs oder in ein anderes Lager in Frankreich. Nur wenige überlebten diese Aktion. Zahlreiche starben bereits auf dem Transport oder dann in Gurs, die meisten mussten den Weg weitergehen bis nach Auschwitz, wo sie umgebracht wurden. Hier vor dieser Stele gedenken wir der 108 Insassen des

Friedrichsheims, die an diesem Tag abgeholt wurden: vorwiegend alte, sieche und gebrechliche Menschen, aber auch Gailinger Juden, die zwangsweise aus ihren Wohnungen in das Heim umquartiert worden waren. Am Platz der ehemaligen Synagoge mahnen zwei Stelen, die insgesamt 210 Jüdinnen und Juden nicht zu vergessen, die damals von Gailingen aus den schweren Gang antreten mussten. Zu danken ist allen, die diese Mahnmale ermöglicht haben – diejenigen, die die Ideen hatten, die die Stelen geschaffen haben und die zu ihrer Finanzierung beigetragen haben. Zu danken ist nicht zuletzt der Gemeinde Gailingen, den Bürgern, dem Gemeinderat und dem Bürgermeister, die zu dieser Form der Erinnerung gefunden haben, ebenso dem Förderverein Bürgerhaus Gailingen, der mit grossem Einsatz bestrebt ist, die jüdische Geschichte und Kultur in dieser Region lebendig zu erhalten. Für die Gedenkstele vor dem Friedrichsheim haben sich zusätzlich besonders engagiert Landrat Hämmerle und seine Mitarbeiter, der Verein «Gegen Vergessen – Für Demokratie» sowie das Komitee zum Schutz der Zeugnisse jüdischen Lebens in Gailingen und Umgebung. Bernd Renner, der diese Idee unermüdlich vorangetrieben hat und dessen Verdienste um die Bewahrung der jüdischen Tradition Gailingens – bei allen Kontroversen, die seine Tätigkeit hervorgerufen hat – nicht hoch genug gewürdigt werden kann, hat den heutigen Tag leider nicht mehr erleben können.

Gailingen war einmal die grösste jüdische Landgemeinde Badens, vielleicht sogar ganz Deutschlands. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der Ort mit über 50 Prozent den höchsten Anteil von Juden an der Bevölkerung innerhalb Südwestdeutschlands. Über lange Zeit bestand eine friedliche, gute Nachbarschaft zwischen Juden und Christen. Im Gemeinderat sassenzehntelang jeweils vier jüdische und christliche Männer. Von 1870 bis 1884 übte gar der jüdische Kaufmann Leopold Hirsch Guggenheim das Amt des Bürgermeisters aus, nach dem nun ein Saal im Bürgerhaus benannt worden ist. Einträchtig wirkten Juden und Christen in mehreren Vereinen zusammen. Sie trafen sich in der Schule, in der Tanzstunde, bei Bällen und Festen, auf der Strasse oder im Ladengeschäft. Zwar hatten beide Bevölkerungsteile ihre eigenen kulturellen Praktiken, aber sie waren zugleich über vielfältige Berührungspunkte, Kommunikationsorte und gemeinsame Interessen miteinander verflochten. Gewiss traten Konflikte auf, waren jüdenfeindliche Klischees spürbar, doch von einer grundsätzlichen Ausgrenzung, Absonderung oder Feindseligkeit kann man nicht sprechen, ebensowenig allerdings von einer vollständigen Integration. Trotz mancher Freundschaften und der Vertrautheit im Zusammenleben blieb ein Rest Fremdheit, eine Distanz.

Vertraut und fremd zugleich – dieses Begriffspaar charakterisiert wohl am besten das wechselseitige Verhältnis.

Jacob Picard, der Dichter des Landjudentums, hat in seiner Erzählung «Die alte Lehre» ein schönes Beispiel für das jüdisch-christliche Zusammenleben gegeben. In einer Gemeinde des Oberelsass war es – wie wohl meistens in den «Judendörfern» – üblich, an den Feiertagen diejenigen, die den Segensspruch zur Tora sprechen durften, nach der sozialökonomischen Rangordnung, nach der Höhe ihrer Wohltätigkeitsspende aufzurufen. Den Armen blieb daher diese Ehre versagt. An Simchat Tora, dem Fest der Freude an der Tora, ereignete es sich nun, dass der – christliche – Bürgermeister des Ortes die Synagoge während des Gottesdienstes betrat und für den armen Barbier Moischele spendete, damit er aufgerufen werden könne. Dies gab den Anstoss zu einem neuen Brauch, dass nämlich immer an Simchat Tora auch der ärmste Mann in der Gemeinde aufgerufen wurde, für den zuvor ein anderer gespendet hatte.

1940 war die Nachbarschaft zwischen Juden und Christen zerbrochen. An Simchat Tora dieses Jahres wollten die Juden in Gailingen und unter ihnen die Insassen des Friedrichsheims – die regulären Bewohner wie die zwangsweise dorthin umgesiedelten – das Fest wie üblich trotz aller Bedrückungen, Diskriminierungen und Verfolgungen freudig begehen. Nachdem die Synagoge am 10. November 1938 gesprengt worden war, diente der Betsaal des Friedrichsheimes auch als Raum für die Gottesdienste. Am 22. Oktober 1940 feierte man Schemini Azeret, den achten und letzten Tag von Sukkot, dem Laubhüttenfest, an dem der vierzigjährigen Wanderschaft der Juden durch die Wüste und der Hütten, mit denen sie damals hatten vorlieb nehmen müssen, gedacht und zugleich für eine gute Ernte gebetet wird. Für den nächsten Tag – eben Simchat Tora – bereitete die Oberschwester des Altersheimes, wie wir durch das Zeugnis von Berty Friesländer-Bloch wissen, eine kleine Feier vor allem für die Kinder vor. Doch dazu kam es nicht mehr. Beamte der Gestapo und ihre Helfershelfer drangen in die Wohnungen der Juden und in das Friedrichsheim ein und befahlen den Anwesenden, innerhalb einer halben Stunde für den Abtransport bereit zu sein. Nur das Nötigste dürfe mitgenommen werden, dazu pro Person eine Wolldecke und 100 Mark. Alle mussten schriftlich «freiwillig» auf ihr Eigentum verzichten.

Ähnlich erging es an diesem Tag allen Juden in Baden und in der Saarpfalz, derer die Nazis habhaft werden konnten. Die Sicherheitspolizei meldete bis Ende

Oktober die «reibungslose Abschiebung» von 6504 Juden; weitere kamen in der folgenden Zeit hinzu. Was war mit dieser Aktion beabsichtigt? Die Nationalsozialisten hatten seit 1933 systematisch ihr Ziel verfolgt, die Juden aus der deutschen Gesellschaft auszuschalten. In ihren Massnahmen gingen sie durchaus pragmatisch vor, richteten sich nach den Möglichkeiten und nicht zuletzt den aussenpolitischen Bedingungen. In den ersten Jahren wurden die Juden durch Gesetze ausgegrenzt und in ein gesellschaftliches Ghetto gedrängt. Schrittweise verloren sie ihre Rechte und wurden – wie durch die «Rassengesetze» von 1935 – unter Sonderrecht gestellt. Gewaltakte gegen sie waren in der Regel inszeniert, um den Radau-Antisemiten ein Ventil zu geben und darüber hinaus gesetzliche Regelungen vorzubereiten, indem diese als Wunsch des «gesunden Volksempfindens» bezeichnet und damit legitimiert wurden. Die Brandstiftung der Synagogen und die Pogrome vom 9. und 10. November 1938 leiteten auf diese Weise zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben über und damit auch zur «Arisierung» jenes Restes von Betrieben, die sich noch im Besitz von Juden befanden. Selbst im Alltag sollte den Juden jede Freude genommen werden. Sie konnten sich nicht mehr frei bewegen, waren von nicht-jüdischen Veranstaltungen und Einrichtungen ausgeschlossen, durften keine Autos oder Motorräder fahren, keine Haustiere halten, mussten alle Wertgegenstände abliefern. In Gailingen hatte der Bürgermeister unter anderem angeordnet, dass die Juden nur noch während zweier Stunden am Tag einkaufen und lediglich morgens von sechs bis sieben Uhr vor dem jüdischen Friedhof spazieren gehen durften.

Rechtlosigkeit, Diskriminierung im Alltag und Verlust des Vermögens machten es den Juden praktisch unmöglich, selbständig zu existieren. Sie drohten, der staatlichen Fürsorge zur Last zu fallen. Die Nazis verstärkten deshalb ihre Bemühungen, die Juden zur Ausreise zu bewegen (und sich bei dieser Gelegenheit den Rest des Vermögens anzueignen). Sie traten zu diesem Zweck sogar in Verhandlungen mit ausländischen Staaten ein, nachdem an der Konferenz von Evian 1938 deutlich geworden war, dass im Ausland an sich kein besonderes Interesse an der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge bestand. Der Kriegsausbruch 1939 machte diesen Verhandlungen ein Ende. Statt dessen erwogen nun die zuständigen Reichsstellen eine zwangsweise Aussiedlung der Juden. Zunächst dachte man an ein Reservat in Polen, da sich aber nicht als geeignet erwies. Dann zog man ein Projekt aus der Schublade, das seit dem völkischen Antisemiten Paul de Lagarde im 19. Jahrhundert immer wieder, nicht

nur in Deutschland, als Mittel zur Lösung der «Judenfrage» auftauchte: die Bildung eines Judenstaates auf Madagaskar. Himmler favorisierte diesen Plan, Hitler sondierte bei Mussolini, und nach dem militärischen Sieg über Frankreich schien die Verwirklichung möglich. Die beiden Gauleiter für Baden und die Pfalz, denen auch die eroberten Gebiete Elsass und Lothringen unterstanden, – Robert Wagner und Josef Bürckel – sahen in dem Plan eine Möglichkeit, dem Befehl Hitlers vom 25. September 1940 nachzukommen, ihre Gaue innerhalb von zehn Jahren «rein deutsch» zu melden; er werde sie nicht fragen, «welche Methoden sie angewandt hätten». Zu dieser Zeit wurden bereits «unerwünschte» Personen, darunter etwa 3000 Juden, aus Elsass und Lothringen in das unbesetzte Frankreich abgeschoben. Die dortige Vichy-Regierung warnte allerdings vor den Folgen weiterer Ausweisungen. So entschieden sich die Gauleiter – die Hauptinitiative ging wohl von Wagner aus – mit Billigung Hitlers dafür, die Juden ihrer Gaue in einer kurzfristigen Aktion mit Transportzügen nach verschiedenen Lagern in Südfrankreich zu deportieren, wo sie die französischen Behörden internieren sollten, bis die Weiterreise nach Madagaskar möglich sei.

Gurs am Pyrenäenrand vor allem und daneben kleinere Lager in der Nähe von Toulouse – Noé, Récébédou, Rivesaltes und einige weitere – waren also die Ziele der Transportzüge. Für die Gailinger Juden begann diese Fahrt in Singen. Dorthin waren sie mit Lastwagen gebracht worden. Vor dem Rathaus hatten sie sich versammeln müssen, nachdem sie in einem Schulzimmer registriert und mit einer Anhängennummer versehen worden waren. Frau Friesländer erinnerte sich, wie der damals amtierende Bürgermeister zu ihrem Mann sagte: «So Friesländer, jetzt geht's ins gelobte Land.» Neben ihm sei «seine Hoffotografin» gestanden und habe Aufnahmen gemacht, die später zufällig in ihren Besitz gekommen seien. In mehreren Veröffentlichungen sind diese Fotos zu sehen, und sie belegen, dass nicht nur der Bürgermeister, sondern zahlreiche Gailinger Bürger und Bürgerinnen, viele mit ihren Kindern auf dem Arm oder an der Hand, der Deportation zuschauten. Der Anblick auf den Bildern wirkt nicht so, als wollten sie traurig von ihren früheren Nachbarn Abschied nehmen, als litten sie mit, weil sie gegen diese Demütigungen und Misshandlungen seitens der Staatsmacht nichts ausrichten könnten. Die Fotos zeigen eher – Ausnahmen mag es gegeben haben –, dass die Jüdinnen und Juden wie durch eine unsichtbare Grenze von den Christen getrennt waren, noch nicht einmal ein Blickkontakt ist dokumentiert. Nur Kinder drängten nach vorn, grinsten, freuten sich, wollten sich diese Sensation nicht entgehen lassen. Nachdem die Lastwagen abgefahren waren, «flog», wie Frau Friesländer

berichtet, «noch mancher Stein an unsere käfigartige Behausung». Obwohl in Gailingen länger als anderswo nach 1933 ein einigermaßen auskömmliches Zusammenleben beider Bevölkerungsteile möglich gewesen war, sich auch Christen für ihre jüdischen Nachbarn eingesetzt hatten, war die Politik der Nazis schliesslich doch erfolgreich gewesen und hatte die Ausgrenzung der Juden durchgesetzt. Die traditionelle Kommunikation war zerstört worden. Indem die christlichen Einwohner dies hinnahmen, liessen sie es zu, dass ein Teil ihrer eigenen Geschichte und Kultur, damit auch ein Teil ihrer Identität vernichtet wurde.

Und was geschah mit dem Eigentum, das die Juden hatten zurücklassen müssen, auf das sie gezwungenermassen «freiwillig» verzichtet hatten? Soweit es nicht der Staat beanspruchte, ging es in die Hände christlicher Einwohner Gailingens über. Hierüber ist weitgehend der Mantel des Schweigens gebreitet worden. Nur wenige Eintragungen in den Grund- und Lagerbüchern verzeichnen einen Besitzerwechsel, aber Anträge und Prozesse nach 1945 weisen daraufhin, dass darüber hinaus Aneignungen vollzogen worden waren. Keine Akte gibt darüber Auskunft, was mit der beweglichen Habe der Gailinger Juden geschehen ist. Einen Fingerzeig, was in den nichtjüdischen Bewohnern vorgegangen sein mag, liefert ein Ereignis 1945: Nach Kriegsende musste die Bevölkerung vorübergehend den Ort verlassen, weil die alliierten Streitkräfte ein militärisch kontrolliertes Sperrgebiet entlang der Schweizer Grenze schaffen wollten. Dieser Hintergrund war den Gailingern nicht bekannt. Zumindest ein Teil von ihnen sah in dieser Massnahme, wie aus einem Bittgesuch der katholischen Pfarrer von Gailingen und umliegenden Ortschaften hervorgeht, eine Vergeltung für den Terror gegenüber den Juden. Vorsorglich wurde deshalb in dem Brief hervorgehoben, dass die Einwohnerschaft damit nichts zu tun gehabt habe und alles «nur das Werk von fremden Elementen» gewesen sei, die auch die «damals führenden Leute» unter Strafandrohung mit sich gerissen hätten. Gewiss: die Organisatoren des Transports, die Beamten, die die Aktion ausführten, kamen von ausserhalb – meist aus Radolfzell –, aber der Bürgermeister und viele andere Gailinger waren keineswegs unschuldig-gezwungene Mitläufer oder gar hilflos-unbeteiligte Zuschauer. Der Ablauf des Geschehens wie die Vorgeschichte machen deutlich, dass sie die judenfeindlichen Massnahmen aktiv unterstützten. Der Bittbrief drückt das schlechte Gewissen aus, die Furcht vor Rache.

Als die Lastwagen den Ort verlassen hatten, gab es nur noch wenige Juden in Gailingen, die an diesem Tag nicht transportfähig waren und deshalb einige Zeit

später, am 16. November 1940, deportiert wurden. Der Beamte, der im Gailinger Rathaus die nach 1933 erstellte «Judenkartei» führte, vermerkte bei den Personen, die auf die Lastwagen verladen worden waren: «Durch Aktion nach Frankreich ausgewandert» oder «verz.(ogen) 22.10.1940 nach Frankreich». Diese angeblich auswandernden und umziehenden Menschen sassen ab Singen dichtgedrängt in streng bewachten Eisenbahnwaggons und wussten nicht, was mit ihnen geschehen werde. In Mulhouse übergaben die deutschen Bewacher ihre «Fracht» der französischen Miliz. Von Bahnhof zu Bahnhof ging es weiter. Frau Friesländer schreibt: «Die Hochbetagten, Taubstummen und Geistesschwachen aus dem Altersheim Gailingen, die unsere traurigen Reisegefährten waren, wußten überhaupt nicht, was all dies zu bedeuten hatte. Sie bekamen Schreikrämpfe, verlangten zu essen und zu trinken (...).»

Endlich, «nach zwei jammervollen Tagen und Nächten», durften alle aussteigen. Einige der Älteren und Kranken konnten allerdings nur noch tot aus den Waggons geholt werden. Der Schrecken war auch noch keineswegs zu Ende: Männer, Frauen und Kinder wurden getrennt und wiederum auf Lastwagen verladen. In Gurs fanden sie sich wieder. Männer und Frauen wurden jedoch in unterschiedlichen, weit voneinander entfernten Baracken untergebracht, die Familien auseinandergerissen. War den Menschen schon die Fahrt entsetzlich vorgekommen, so übertrafen die Verhältnisse im Lager alle Vorstellungen von Elend und Leid.

Gurs hatte zuvor als Internierungsstätte für Asylsuchende aus Spanien gedient, die nach dem Sieg der Putschisten unter General Franco im Bürgerkrieg geflohen waren. Darüber hinaus wurden in diesem Ort seit Sommer 1940 weibliche politische Flüchtlinge aus Deutschland untergebracht. Insgesamt hielt man hier bis zur Befreiung des Lagers im Sommer 1944 rund 20'000 Menschen fest. Jeweils etwa 25 der insgesamt ungefähr 300 Baracken waren zu einem Block, einem «ilot», zusammengefasst und mit Stacheldraht abgesperrt. In jeder Baracke hausten 50 bis 100 Menschen auf engstem Raum. Niemand konnte sich in eine Privatsphäre zurückziehen. Es gab keine Fenster, der Boden bestand grossenteils aus festgestampftem Lehm, die Menschen lagen auf Strohsäcken, später erhielten sie dünne Decken. Ratten huschten herum. Allgegenwärtig war der morastige Schlamm im Lager, in den Briefen und Berichten ist ständig davon die Rede. Einer, Hans Hanauer aus Karlsruhe, schreibt: «Man musste seine Schuhe sorgfältig festschnüren, damit sie nicht vom Fuß glitten, wenn man sie aus dem saugend

quatschenden, tiefen Schlamm zog.» Ältere Menschen, die nachts die Baracke verliessen, um die Toilette aufzusuchen – ein Gerüst, unter dem grosse Fässer standen und auf das man hinaufklettern musste –, rutschen oft im Schlamm aus und konnten aus eigener Kraft nicht wieder aufstehen. Man fand sie morgens tot im Matsch. In Badehütten konnte man kalt duschen. Manche Mütter erhitzten auf den Öfen in den Baracken Wasser, um ihre Kinder baden zu können. Wäsche waschen war anfangs nicht möglich, da keine Seife vorhanden war. Die Essrationen reichten in der ersten Zeit nicht, weil das Lager nicht auf so viele Deportierte eingerichtet gewesen war. Als Nahrung dienten vor allem Wassersuppen mit ein wenig Gemüse darin, dazu Topinambur als Kartoffelersatz, etwas Brot. Nach und nach trafen dann Hilfspakete ein, vor allem aus der Schweiz. Die Quäker sorgten im übrigen dafür, dass die Kinder besser versorgt wurden. Immerhin: diese konnten sich einigermaßen frei im Lager bewegen, also zwischen Mutter und Vater oder anderen Verwandten und Bekannten hin und her gehen. Erlaubt waren auch jüdische Gottesdienste. In beeindruckender Weise organisierten die Gefangenen ihr Lagerleben, versuchten, etwas Freude in die Trostlosigkeit zu bringen, führten kulturelle Veranstaltungen durch. Viele bewahrten sich durch Schreiben, Malen oder Komponieren ihre Selbstachtung. Nicht zu übersehen sind allerdings auch die negativen Auswirkungen der Extremsituation, die menschliche Schwächen um so stärker hervortreten liessen.

Täglich zog der Totenkarren im Lager seine Kreise. Aufgrund der unzulänglichen medizinischen Versorgung – die internierten jüdischen Ärztinnen und Ärzte taten, was sie konnten –, der schlechten sanitären Zustände und der Unterernährung starben in den ersten Monaten in Gurs bei einer Ruhrepidemie und einer ansteckenden Gehirnhautentzündung über 1000 Menschen. Ein kleiner Teil der Deportierten konnte gerettet werden: Hilfsorganisationen, Bekannten und Verwandten gelang es, ihnen rechtzeitig Visa zu besorgen, die ihnen die Ausreise ermöglichten. Eine Anzahl Kinder und Ältere kam in Kinder-, Waisen- und Altersheimen unter und blieb teilweise von weiteren Verfolgungen verschont. Wenige konnten fliehen und untertauchen. Zu ihnen gehörte Berty Friesländer, und auch ihr kleiner Sohn blieb am Leben, während ihr Mann die extremen Belastungen nicht überstanden hatte.

Die meisten erwartete noch eine Steigerung des Leids. Am 10. Mai 1941 wies der badische Innenminister die Gestapo-Leitstelle Karlsruhe an: «(...) die Ausreise reichsdeutscher Juden aus dem unbesetzten Gebiet Frankreichs nach Übersee

(ist) nicht erwünscht.» In der Politik der Nazis gegenüber den Juden war eine Wende eingetreten. Die Einsicht, dass Grossbritannien vorerst nicht militärisch zu besiegen und auch nicht zu einem Friedensschluss zu bewegen war, sowie der Entschluss, die Sowjetunion zu überfallen, um auf diese Weise den Sieg im Weltkrieg zu erzwingen, liessen den Madagaskar-Plan völlig unrealistisch werden. Damit trat die immer schon mitbedachte Variante in den Vordergrund: die physische Ausrottung aller Juden, die «Endlösung der Judenfrage». Bereits seit 1939 hatten SS-Kommandos, besondere Einsatzgruppen, Polizeibataillone und Wehrmachtseinheiten in Polen Juden in Massenaktionen ermordet. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gingen die Massenexekutionen und Massaker an der jüdischen Zivilbevölkerung weiter. Eine Idee, die verbliebenen Juden in unbewohnte Gebiete der eroberten Sowjetunion zu deportieren, stellte sich bald als nicht verwirklichtbar heraus. So reifte im Sommer und Herbst 1941 die Entscheidung zur systematischen Massenvernichtung der Juden in besonderen Lagern heran, die dann ab Frühjahr 1942 in die Tat umgesetzt wurde. Vom Sammellager Drancy bei Paris aus rollten ab 27. März 1942 Zug um Zug nach Auschwitz bei Krakau oder in ein anderes Vernichtungslager im Osten. Neben den in Frankreich selbst aufgespürten Juden waren in diesen Transporten seit August 1942 die in Gurs und anderswo internierten Juden aus Baden und der Pfalz zusammengepfercht. Kaum jemand überlebte das Lager.

Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden ist ein Teil der Schoa, der «Katastrophe» des Völkermords an den Juden. Die Erinnerung daran muss die Ereignisse und ihre Ursachen immer wieder re-präsent machen, zurückholen, vergegenwärtigen. Das jüdische Geschichtsverständnis, das ich eingangs skizziert habe, kann dabei als Herausforderung für uns dienen. Ein derartiger Prozess ist schmerzlich – für diejenigen, die mit den Menschen der damaligen Zeit in irgendeiner Weise verbunden sind, aber auch für uns alle heute, wenn wir sehen, was Menschen anderen Menschen angetan haben, und wissen, dass derartige Verhaltensweisen immer wieder möglich sind. Vor Schmerzen haben wir aber alle Angst, wir wollen sie vermeiden, und deshalb wird die Erinnerung an die schlimmen Vorgänge der Nazi-Zeit leicht verdrängt. Es ist kein Zufall, dass es in Deutschland heute noch «weisse Flecken» und Sperren bei der Aufarbeitung der Geschichte des «Dritten Reiches» gibt. Es ist kein Zufall, dass erst heute in der Schweiz und in anderen Ländern die Diskussion über die eigene Verantwortung am Schicksal der Juden oder sonstigen Ereignissen der Zeit in aller Schärfe geführt werden. Und es ist auch kein Zufall, dass wir erst jetzt in Gailingen so

würdige Gedenkorte haben, dass der Weg hierhin nicht einfach und mit verletzenden Kontroversen verknüpft war.

Aber die Erinnerung schmerzt nicht nur, sie befreit uns auch. Sie kann nicht zuletzt von den unterdrückten Schuldgefühlen befreien, die zu Verdrängungen geführt haben. Sie kann weiterhin denjenigen, die unermessliches Leid ausgestanden haben, helfen, sich aus ihren traumatischen Bedrückungen zu lösen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Nur was erinnert wird, ist bewusste Geschichte, mit der sich die Menschen auseinandersetzen können. Das heisst auch, dass sich die Erinnerung nicht in einer Stele, einer Gedenktafel, einem würdig gestalteten Platz oder einem Museum erschöpfen darf. Diese Zeichen können als Gedächtnisorte Anlass und Anstoss zum Gedenken geben und zusätzliche Formen anregen. Die Erinnerung muss lebendig erhalten werden, damit die Geschehnisse nachvollzogen werden können und in die Zukunft wirken. Wenn wir dadurch einen unmittelbaren Bezug zur Geschichte herstellen können, wenn sie «unsere» Geschichte wird, wird es interessierten Gruppen nicht so leicht fallen, uns mit Hinweis auf angebliche historische Entwicklungen für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Die Nazis haben, auf Vor-Einstellungen aufbauend, durch ihre Feindbilder und namentlich durch die antisemitische Ideologie, die sie scheinbar historisch begründeten, einen Mechanismus in Gang gesetzt, der zahlreiche Menschen zu Verbrechern werden liess. Und wir wissen es alle: bis heute werden die meisten kriegerischen Konflikte durch einen Verweis auf die Geschichte gerechtfertigt und die Menschen damit mobilisiert, Gewalt auszuüben. Auch davon können wir uns befreien.

Verbunden damit ist ein weiterer Aspekt. Erinnerung soll eine Art Probehandeln ermöglichen. Wir sind keine Richter, die über Schuld und Unschuld urteilen. Wer weiss denn, wie wir uns in der damaligen Situation verhalten hätten. Hätten wir ein Abschiedswort zu den Juden vor den Lastwagen gesprochen? Hätten wir versucht, etwas zu unternehmen, etwas zu ändern, ihnen zu helfen? Indem wir über die Erinnerung im damaligen Geschehen mit-leben, können wir immerhin geistig auch mit-handeln, überlegen, welche Möglichkeiten und Alternativen es gab, was vor dem 22. Oktober 1940 hätte getan werden können, damit es nicht so weit gekommen wäre. Vielleicht kann ein solches Probehandeln uns selbst stärken, damit wir einmal, wenn es darauf ankommt, eingreifen und etwas tun.